

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. Siegel, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Anschlagsbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Montag, 27. April 1987

Blatt 859

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Fritz Morawec feiert 65. Geburtstag (860/FS: 25.4.)
- Radständer in Stationen der Vorortelinie (861/FS: 25.4.)
- „Wiener Stadtrundfahrten“: Vorverkauf hat begonnen (862/FS: 26.4.)
- „HOPE 87 — Hunderte innovativer Beschäftigungsprojekte“ (863/FS: 26.4.)
- Wien beschloß Staatsvertrag über Immissionsschutz (865)
- „Die Wiener Straßennamen“ (866)
- Baufträge im Wert von 203 Millionen beschlossen (867)
- Festakt 70 Jahre Jugendamt der Stadt Wien (868)
- 70 Jahre Wiener Jugendamt: Smejkal zieht Bilanz (869/870)
- Umweltforderungen der Wiener ÖVP (871)
- Braun: Vom Müll bis zum Wasser und zur Luft wird Umweltschutz realisiert (871/872)
- Schleppkahn streifte Brückenpfeiler (nur FS/26.4.)
- Zwei Tote bei Bauarbeiten (nur FS/26.4.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Wolfgang Kudrnovsky feiert 60. Geburtstag (864)

Fritz Moravec feiert 65. Geburtstag

Bereits am 25. April 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Fritz Moravec, Forschungsreisender und Schriftsteller, wurde am 27. April 1922 in Wien geboren. Er absolvierte eine Technische Mittelschule und wurde nach einer Praxiszeit zum Ingenieur graduiert. Nach dem Krieg wurde er Leiter der Naturfreunde-Hochgebirgsschule Glockner-Kaprun, in der Kurse für Klettern und Eisgehen abgehalten und die Menschen mit der alpinen Natur vertraut gemacht werden.

Moravec gehört zu den bekanntesten österreichischen Alpinisten und war Teilnehmer an mehreren Expeditionen, so 1955 an der Himalayaexpedition, die mehrere Erstbesteigungen durchführte. 1956 leitete er die Expedition der Österreichischen Naturfreunde nach Ostafrika, wo der Ruwenzori bestiegen wurde. Ein Jahr später war er Leiter der Karakorum-Expedition, wobei ihm die Erstbesteigung des Gasherbrum (8034 m) gelang. 1958 führte er zwei Expeditionen, eine zu den Riesenkratern in Ostafrika und eine mit Hundeschlitten in Norwegen, 1959 war er sowohl in Spitzbergen als auch Leiter der Himalayaexpedition auf den Dhaulagiri, 1960 wieder in Spitzbergen, 1965 Leiter der Expedition der Internationalen Naturfreunde in die Anden.

Seine Erlebnisse und Erfahrungen legte er in mehreren Büchern wie: „Weiße Berge — Schwarze Menschen“, „Vom Himalaya zu den Riesenkratern Afrikas“, „Dhaulagiri — Berg ohne Gnade“, „Gefahren und Gefährten — Abenteuer auf Spitzbergen“ und in zahlreichen Artikeln in verschiedenen in- und ausländischen Zeitschriften nieder.

Für seine Verdienste erhielt Moravec zahlreiche Ehrungen und Preise.
(Schluß) red/gg

Radständer In Stationen der Vorortelinie

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Von Mandataren des 14. Bezirks darauf aufmerksam gemacht, ordnete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK an, daß in den Stationen der Vorortelinie unverzüglich Fahrradständer angebracht werden. Der S-Bahn-Betrieb auf der Vorortelinie wird, wie berichtet, am 30. Mai aufgenommen werden. (Schluß) red/gg

Bereits am 25. April 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

„Wiener Stadtrundfahrten“: Vorverkauf hat begonnen

Karten im Rundfahrtenbüro – Rathaus, Schmidthalle

Wien, 26.4. (RK-LOKAL) Nun hat bereits für fast alle „Wiener Stadtrundfahrten“ der Vorverkauf begonnen. Geboten werden Fahrten, in deren Rahmen interessante Architektur gezeigt wird, ebenso wie solche, die Wien als grüne Stadt vorstellen, Präsentationen der Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs und nicht zuletzt Besuche bei den Quellen des Wiener Wassers. Die Karten sind im Rundfahrtenbüro in der Schmidthalle des Rathauses erhältlich. Das Rundfahrtenbüro ist Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr geöffnet und unter der Telefonnummer 42 800/2950 erreichbar. Karten können auch telefonisch bestellt werden — sogar rund um die Uhr, denn außerhalb der Bürozeiten meldet sich ein Anrufbeantworter. Die Bestätigung der gewünschten Reservierung erfolgt, wenn die Bestellung auf Anrufbeantworter deponiert wurde, telefonisch am nächsten Werktag. Der Kartenvorverkauf für die einzelnen Fahrten — es gibt insgesamt 149 Termine — beginnt jeweils 14 Tage vor dem vorgesehenen Fahrt-Tag.

Das Rundfahrtenprogramm

Ab 5. Mai jeden Dienstag (13 Uhr):

Route 1 — Vom Historismus zum Futurismus — Architektur in Wien

Ab 6. Mai jeden zweiten Mittwoch (13 Uhr):

Route 2 — Wien von seiner grünen Seite

Ab 7. Mai jeden Donnerstag (13 Uhr):

Route 4 — Offene Tür beim öffentlichen Verkehr

Ab 8. Mai jeden Freitag (8.30 Uhr):

Route 5 — Zu den Quellen des Wiener Wassers: 1. Hochquellenleitung

Ebenfalls ab 8. Mai jeden Freitag (7.15 Uhr):

Route 6 — Zum Ursprung der 2. Hochquellenleitung

Am 9. Mai (Samstag) um 14, 15 und 16 Uhr:

Auf den Spuren des Dritten Mannes (Besuch im Kanalnetz), Teilnahme für Kinder erst ab 14 Jahre. Vorverkauf ab 27. April

Ab 13. Mai jeden zweiten Mittwoch (13 Uhr):

Route 3 — In Wien und um Wien — Freizeitwelt. Vorverkauf ab 29. April

Am 16. und 23. Mai (Samstag, 14 Uhr):

Spezielles Wien — Unsere Energie wie sie keiner kennt. Vorverkauf ab 4. Mai.

Rundfahrtenprospekte, Rundfahrtenkalender, Rundfahrtenpaß

Ein Prospekt mit allen Fahrten und einer Kurzbeschreibung sowie ein Rundfahrtenkalender mit einer Übersicht über alle Termine wird auf Wunsch vom Rundfahrtenbüro zugeschickt oder kann dort abgeholt werden. Für die Teilnahme an jeder Fahrt gibt es einen Bonus-Punkt in einem Rundfahrtenpaß. Einen „vollen“ Rundfahrtenpaß mit vier Stempeln kann man im Rundfahrtenbüro gegen eine Gratis-Karte im Wert von 50 Schilling eintauschen. (Schluß) and/rr

Bereits am 26. April 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

„HOPE 87 – Hunderte Innovativer Beschäftigungsprojekte“

Wien, 26.4. (RK-LOKAL) Jugendstadtrat Ingrid SMEJKAL wird Dienstag nachmittag in der Volkshalle des Rathauses die 1. Job-Ideen-Börse eröffnen, die im Rahmen des internationalen Wettbewerbes „HOPE 87 – Hunderte innovativer Beschäftigungsprojekte“ dann am Mittwoch, dem 29. April, von 10 bis 20 Uhr, am Donnerstag, dem 30. April, von 10 bis 18 Uhr, und am Freitag, dem 1. Mai, von 14 bis 17 Uhr, zu sehen ist. Gezeigt werden ausgewählte Beschäftigungsprojekte, die im Rahmen des Wettbewerbes HOPE 87 entstanden sind. Ziel dieser österreichischen Initiative, die in Form einer Resolution an die UNO herangetragen wurde, war es, das Thema Jugendarbeitslosigkeit zu diskutieren und auch praktische Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Für den Wettbewerb wurden rund 400 Projekte aus zirka 40 UNO-Mitgliedsstaaten eingereicht, davon sind 60 in Wien zu sehen. Die interessantesten Projekte werden am 1. Mai im Austria Center Vienna mit Preisen ausgezeichnet. (Schluß) jel/gg

Bereits am 26. April 1987
über Fernschreiber ausgesendet

Wolfgang Kudrnovsky feiert 60. Geburtstag

Wien, 27.4. (RK-KULTUR) Wolfgang KUDRNOFSKY wurde am 1. Mai 1927 in Wien geboren. Er besuchte das Realgymnasium Wien 17 und das Stiftsgymnasium Melk an der Donau. Nach der Matura studierte er an der Universität Wien Psychologie und Anthropologie und promovierte zum Dr. phil. Daneben machte Dr. Kudrnovsky an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt die Meisterprüfung für Photographie.

In seiner weiteren Berufslaufbahn war er Dramaturg beim Sender Rot-Weiß-Rot, Redakteur bei verschiedenen Zeitungen und Illustrierten, Pressechef bei „Columbia“-Film sowie zuletzt freischaffender Autor und Regisseur. Von 1979 bis 1983 fungierte Dr. Kudrnovsky als Generalsekretär der IG Autoren. In dieser Tätigkeit war er wesentlich an der Organisation des Ersten Österreichischen Schriftstellerkongresses im Wiener Rathaus beteiligt.

Als Autor trat Dr. Kudrnovsky zuerst mit Bildbänden in Erscheinung wie „Wien. Weltstadt an der Donau“ (1956), „Spanien“ (1957), „Salzkammergut“ (1958) sowie „Griechenland“ (1959). 1967 erschien Kudrnovskys satirischer Roman „Bubis Hochzeit oder Die Unreifen“. Dazu gibt es auch eine Schallplatte mit Helmut Qualtinger.

Kudrnovsky ist aber auch Essayist, wie die Titel „Zur Lage der österreichischen Schriftsteller“ (1973) oder „Der Mensch in seinem Zorn. Von Herrschaftsverhältnissen, die uns krank machen“ (1974) zeigen. 1983 veröffentlichte Kudrnovsky den Roman „Der Messias von der Lobau, Peter Waller und die Arbeitslosen der Zwischenkriegszeit“.

Einen wesentlichen Teil seiner Arbeit hat Kudrnovsky für Rundfunk und Fernsehen geleistet. In dem 1980 ausgestrahlten Fernseh-Feuilleton „Auf ewig dein“ ging es um Liebe, Ehe, Streit und Scheidung. „Die im Dunkeln..“ (1981) war eine Dokumentation über Schwarzarbeit in Österreich. 1984 beschäftigte sich Kudrnovsky in zwei Sendungen im Rundfunk mit den Ereignissen von 1934: „Tante Zustand hoffnungslos“ (Februar 1934) sowie „Wer hat Dollfuß ermordet?“ (Juli 1934). Im Fernsehen gestaltete Kudrnovsky ferner Dokumentationen über die Kriminalistik in Österreich („Die Stecknadel im Heuhaufen“, 1985) sowie „Die andere Medizin“ (1986) und 1987 eine Dokumentation über den Selbstmord. (Schluß) red/bs

Wien beschloß Staatsvertrag über Immissionsschutz

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Wien wird die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten unterzeichnen. Ein entsprechender Beschluß wurde kürzlich auf Antrag von Umweltstadtrat Helmut BRAUN von der Landesregierung gefaßt.

Nach der Verfassung kann das geplante Bundesgesetz über Maßnahmen zur Abwehr von gefährlichen Belastungen der Umwelt, die durch Überschreitung von Immissionsgrenzwerten entstehen, erst erlassen werden, wenn zwischen Bund und Ländern eine entsprechende Vereinbarung nach Artikel 15a des Bundesverfassungsgesetzes — ein „Staatsvertrag“ zwischen Bund und Ländern, wie er z.B. bei der Verringerung des Schwefelgehalts im Heizöl geschlossen wurde — vorhanden ist. Nach langen Verhandlungen hat die Landeshauptmännerkonferenz im Jänner 1987 beschlossen, für eine baldige Unterzeichnung dieser Immissionsschutzvereinbarung einzutreten.

Vom Land Wien wurde zwar ursprünglich bei Schwefeldioxid ein Immissionsgrenzwert von 0,4 Milligramm SO₂ gefordert — jener Grenzwert, den Wien für sich auch weiter beibehält —, doch wurde der in der Vereinbarung vorgeschlagene Grenzwert von 0,6 Milligramm SO₂ akzeptiert, da es ausreichend erscheint, wenn ab diesem Grenzwert Maßnahmen im Rahmen der Bundeskompetenz gesetzt werden.

Die entsprechende Vereinbarung wurde nun bereits von der Landesregierung genehmigt und muß noch vom Landtag beschlossen werden. Die Vereinbarung enthält vor allem die Immissionsgrenzwerte, ab denen vom Bund Maßnahmen zu setzen sind. Die Vertragsparteien, also Bund und Länder, verpflichten sich, im jeweiligen Kompetenzbereich Maßnahmen zur Verringerung der Luftbelastung durchzuführen. Dazu gehören, wie in der sogenannten Nebenabrede festgehalten, für den Bund Vorschriften über die Emissionsbegrenzung für luftverunreinigende Stoffe aus örtlich gebundenen Anlagen, Anpassung von Altanlagen an fortschrittliche Umwelttechnologien, Festlegung von Emissionsgrenzwerten für die Verbrennung von Altöl in Anlagen, die nicht dem Dampfkessel-Emissionsgesetz unterliegen, Festlegung von Schadstoff-Grenzwerten für die von den geltenden Abgasvorschriften nicht erfaßten Dieselmotorkraftfahrzeuge und sonstige Maßnahmen zur Verringerung der Kfz-Schadstoffe. Zu den von den Ländern zu treffenden Maßnahmen zählen Vorschriften über die Verbrennung von Abfällen, Altölen und Stroh, Beschränkungen/Verbote für Veranstaltungen, die übermäßige Emissionen verursachen, Begrenzung der Emissionen von Feuerungs- oder Müllverbrennungsanlagen und Beachtung der Immissionsschutz-Ziele bei der Erteilung von Baugenehmigungen. Alle Vertragsparteien sollen außerdem die Überwachung der Luftreinhaltevorschriften intensivieren und eine weitere Herabsetzung des maximalen Schwefelgehalts im Heizöl forcieren. (Schluß) hrs/rr

„Die Wiener Straßennamen“

Eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Wissen Sie, nach wem die Wipplingerstraße benannt ist oder was Stoß-im-Himmel bedeutet? Eine Antwort auf diese und viele andere diesbezüglichen Fragen gibt eine kleine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs unter dem Titel „Die Wiener Straßennamen“, die bis 30. Juni, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, in der Schmidthalle des Rathauses zu sehen ist, und eine Informationsbrochüre, die kostenlos abgegeben wird. Sollten Sie aber darüber hinaus Interesse an einzelnen Wiener Straßennamen haben: Das Wiener Stadt- und Landesarchiv (Rathaus, Stiege 6, 1. Stock, Zimmer 328 — Telefon: 42 800/2707) gibt Ihnen gerne Auskunft (Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr).

Die Ausstellung bietet einen Überblick über die Entwicklung der Wiener Straßennamen und ihre vielfältige Bedeutung in ihren Funktionen als Orientierungshilfe und als offizielle Ehrung für bedeutende Persönlichkeiten. Sie dokumentiert den langen Weg von den Hauszeichen zu unseren heutigen Straßenschildern. Erst unter Maria Theresia wurde eine systematische Häusernumerierung vorgenommen, die gassenweise Zählung wurde überhaupt erst 1862 eingeführt.

Im Revolutionsjahr 1848 fanden erstmals politische Vorgänge und Veränderungen ihren Niederschlag in Straßennamen; die einschneidenden Ereignisse unseres Jahrhunderts (das Ende der Monarchie, die NS-Machtübernahme, die Besatzungszeit) haben zeitweise Wiens Straßennamen beeinflusst. Das beste Beispiel ist der Rooseveltplatz (Votivkirche), der insgesamt schon sechs Benennungen erfuhr. Ursprünglich war er der Maximiliansplatz, 1919 wurde er zum Freiheitsplatz, 1934 zum Dollfußplatz, 1938 zum Hermann-Göring-Platz und 1945 wieder zum Freiheitsplatz, bis er in Anerkennung der Verdienste des amerikanischen Präsidenten 1956 seinen heutigen Namen erhielt. (Schluß) am/bs

Baufträge im Wert von 203 Millionen beschlossen

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung hat in seiner Sitzung am Montag wieder Bauaufträge im Gesamtwert von über 203 Millionen Schilling beschlossen, die zur Gänze 1987 bauwirksam werden. Unter anderem erhielten zwei Wiener Firmen den Auftrag zum Einbau von 38 Hochleistungsaufzügen in den U-Bahn-Bauabschnitten U 3 und U 6 im Wert von 101 Millionen Schilling.

Ferner wurde beschlossen, weitere 96,1 Millionen Schilling für Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an 21 städtischen Wohnhausanlagen aufzuwenden. Für die „Einmantelung“ der Wohnhausanlage 22, Viktor-Kaplan-Straße 13 sollen 33,6 Millionen Schilling investiert werden, wovon noch heuer fünf Millionen bauwirksam werden. (Schluß) ah/bs

Festakt 70 Jahre Jugendamt der Stadt Wien

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Im Wappensaal des Rathauses fand Montag vormittag ein Festakt anlässlich des Jubiläums „70 Jahre Jugendamt der Stadt Wien“ statt. Stadtrat Ingrid SMEJKAL konnte bei dieser Feier zahlreiche Ehrengäste begrüßen, an der Spitze Bundesminister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, die Landtagspräsidenten Fritz HAHN und Gertrude STIEHL, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, den Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates, Nationalrat Prof. Hans MATZENAUER, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalrat Rudolf PÖDER sowie Magistratsvizeidirektor Dr. Alfred PEISCHL.

Bandion: Nur eine Jugend, die gefordert wird, kann Aufgaben der Zukunft bewältigen!

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion wies in seiner Ansprache darauf hin, daß Wien zu den ersten Städten der Welt gehörte, die ein eigenes Jugendamt geschaffen haben. Unter der Leitung von Julius Tandler nahm die Jugendfürsorge in Wien eine Entwicklung, die weltweit Aufsehen erregte. Bandion warnte in diesem Zusammenhang aber vor Mißverständnissen und dem Aufbau falscher Traditionen: Gerade Tandler hat immer wieder darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Jugendfürsorge sei, die Jugend auf die Beanspruchungen des Lebens vorzubereiten. „Die Probleme sind heute nicht geringer, jedoch ihre Erscheinungsformen sind anders geworden. War früher die Not äußerlich greifbar und auf bestimmte Gruppen eingegrenzt, so stellen wir heute eine wohlstandsbedingte Gefährdung auch solcher Jugendlichen fest, die wir als behütet, sozialisiert und gesund zu betrachten pflegten — nicht zuletzt als Folge der Schwächung des Familienverbandes, dessen Erziehungsmacht durch den technologischen Fortschritt weitgehend verringert wurden, sagte Bandion.

Die grundsätzliche Ausrichtung der Erziehung müsse sich daher des Umstandes bewußt sein, daß Kinder und Jugendliche auch gefordert werden müssen, sollen sie die in der Zukunft an sie herankommenden Aufgaben und Herausforderungen bewältigen. Bandion wörtlich: „Ich halte es für verantwortungslos, der Jugend einen Wohlstandsstaat vorzugaukeln, der ihr eine Kreditkarte ausstellt, mit der man nicht einlösungspflichtige Schulden machen kann, wobei der einzelne ohne wohlverstandene Leistungsverpflichtung gegenüber der Gemeinschaft dennoch recht gut leben kann.“ Für eine Jugend, die gefordert werde, der sich zugleich aber auch die Möglichkeit zur Persönlichkeitsentfaltung und zum Einsatz ihrer Fähigkeiten eröffne, werde sich die heute oft zitierte „Überforderung“ relativieren und zur Chance werden, betonte Bandion.

Dem Jugendamt, dessen Tätigkeit sich im Lauf der Jahrzehnte von der „Jugendfürsorge“ zur „Familiensozialarbeit“ gewandelt habe, komme auch in diesem Spannungsfeld unserer heutigen Gesellschaft eine wichtige Funktion als Koordinationsstelle zu, die in praktisch alle Lebensbereiche hineinwirkt und damit die grundsätzliche Ausrichtung der Erziehungspraxis mitbestimmt.

Fröhlich-Sandner: „Ohne Amtskappel und Ärmelschoner“

Minister a.D. Gertrude Fröhlich-Sandner, die selbst ein Jahrzehnt lang ressortverantwortlich für das Jugendamt war, erklärte, daß sich in den letzten 70 Jahren wohl manche Methoden geändert hätten, das Ziel jedoch gleichgeblieben sei: Kindern und Jugendlichen eine gute Atmosphäre zu schaffen, in der sie in das Leben hineinwachsen können. Die Mitarbeiter des Jugendamtes kommen dieser Aufgabe mit viel Engagement, jedoch „ohne Amtskappel und Ärmelschoner“ nach, betonte Fröhlich-Sandner.

Obersenatsrat Dr. Walter Prohaska, seit 1968 an der Spitze des Jugendamtes, gab in seinem Referat einen ausführlichen Überblick über den Wiener Weg in der Jugendwohlfahrt und über die Entwicklung des Jugendamtes von den Anfängen bis in die Gegenwart.

(Stadtrat Smejkal und Obersenatsrat Prohaska informierten aus Anlaß des Jubiläums des Wiener Jugendamtes über dieses Thema anschließend in einer Pressekonferenz — siehe dazu eigene RK). (Schluß) ger/rr

70 Jahre Wiener Jugendamt: Smojkal zieht Bilanz

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Bilanz über „70 Jahre Wiener Jugendamt“ zogen am Montag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL und der Leiter des Jugendamtes, OSR Dr. Walter PROHASKA, in einer Pressekonferenz.

Vor 70 Jahren, genau am 27. April 1917, faßte der Wiener Gemeinderat den historischen Beschluß, die „Jugendfürsorge“ als kommunalpolitischen Schwerpunkt festzuhalten und entsprechende finanzielle Mittel und das erforderliche Personal zu bewilligen. Dieses Datum gilt als „Geburtsstunde“ des Wiener Jugendamtes.

Heute ist das Jugendamt mit 5.645 ständigen Mitarbeitern und einem Service, das Kindern, Jugendlichen und Familien in über 500 regionalen Einrichtungen angeboten wird, die zweitgrößte Abteilung des Magistrats.

Das Ende der „Armenkinderpflege“

Bei der Gründung des Jugendamtes standen die gesundheitliche Fürsorge und die Vorsorge für den Unterhalt der Kinder im Vordergrund. Die ersten Mitarbeiter des Jugendamtes waren „Berufsvormünder“, „Jugendärzte“ und die neue Berufsgruppe der „Fürsorger“.

Die neue Jugendfürsorge ersetzte allmählich die bis dahin bestehende „Armenkinderpflege“.

„Wer Kindern Paläste baut, ...“

Unter Wohlfahrtsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler wurden die Bezirksjugendämter, die Mutterberatungsstellen, die Kindergärten und Horte ausgebaut. Die traditionellen „Waisenhäuser“ und „Besserungsanstalten“ wurden allmählich in Kinder- und Jugendheime nach zeitgemäßen pädagogischen Grundsätzen umgewandelt.

Die Säuglingswäscheaktion der Stadt Wien wurde eingeführt. Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler sah eine wesentliche Aufgabe seines Ressorts im Ausbau der Kindergärten.

Priorität der Familienerziehung

Mit dem Ende der sechziger Jahre trat der Leitgedanke „Priorität der Familienerziehung“ immer stärker in den Vordergrund. An die Stelle der Drohung mit dem Heim, bzw. „amtlich verordneten“ Maßnahmen mit mehr oder weniger Zwangscharakter, traten Serviceangebote für Familien. Einrichtungen, die Erziehungsberatung und Erziehungshilfe anboten, wurden ausgebaut.

Neu eingerichtet wurde ein Netz von Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen, von Sozialpädagogischen Beratungsstellen bzw. Instituten für Sozialtherapie. Sie haben unter anderem das Ziel, durch ihr Beratungs- und Hilfsangebot der Unterbringung von Kindern in Heimen vorzubeugen.

Das Jugendamt der Stadt Wien ging in dieser Zeit auch dazu über, verstärkt Pflegefamilien zu werben und zu fördern, sodaß sich das statistische Verhältnis zwischen Kindern in Heimen und Kindern in Pflegefamilien umkehrte.

Waren im Jahre 1967 71 Prozent der in die Betreuung durch die Stadt Wien übernommenen Kinder in Heimen und 29 Prozent in Pflegefamilien untergebracht, so lautete das Verhältnis im Dezember 1986: 45 Prozent in Heimen, 55 Prozent in Pflegefamilien. Die Gesamtzahl der in Heimen oder Pflegefamilien betreuten Kinder sank in diesem Zeitraum von 5.472 (1967) auf 3.866 (1986).

30.000 Kindergartenplätze

Bis zum Jahre 1980 konnte zusammen mit den Kindergärten der gemeinnützigen Organisationen und privater Träger die Zahl der zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze soweit erhöht werden, daß Wien als erstes Bundesland die Vollversorgung für die drei- bis sechsjährigen Kinder erreichte. Zur Zeit stehen in den städtischen Kindertagesheimen rund 30.000 Plätze zur Verfügung.

Aktuelle Ziele sind unter anderem, bei Erziehungsschwierigkeiten frühzeitig Hilfen anzubieten und die Mißhandlung von Kindern zu verhindern, Selbsthilfeaktivitäten zu unterstützen und Familien bei speziellen Problemen zu helfen, etwa bei finanziellen Schwierigkeiten, bei Wohnungsproblemen sowie bei Flüchtlings- und Gastarbeiterproblemen. Die Stadt Wien hat damit Initiativen gesetzt, die weit über die Regelungen im bestehenden Jugendwohlfahrtsgesetz hinausgehen. (Forts. mgl.) jel/rr

Forts. von Blatt 869

Umweltforderungen der Wiener ÖVP

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Zahlreiche Forderungen auf dem Sektor Umweltschutz stellte der Wiener ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK Montag im ÖVP-Pressegespräch. Die Wiener ÖVP verlangt u.a. die Erstellung eines Luftreinhalteplans, der für kleinräumige Gebiete Grenzwerte festlegt, die Verordnungen zum Luftreinhaltegesetz und den endgültigen Ausbau des Luftmeßstellennetzes. Zur Frage Wasser forderte Hawlik außer einem Bodenschutzkonzept auch ein Konzept für Altlastensanierung, einen Wasserbericht und die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Staustufe Wien. Im Grünbereich werde u.a. ein Durchfahrverbot im Wienerwald und die Schaffung einer Grundverkehrskommission verlangt. Die Vorlage eines Müllkonzepts, die Überprüfung der EBS/HKA durch das Kontrollamt und die Erstellung eines Energiesparkonzepts sowie optimale Wärmedämmung und ein Kataster über die Möglichkeiten der Abwärmenutzung aus Industrie und Kraftwerken sind weitere Forderungen der Wiener ÖVP. (Schluß) hrs/rr

Braun: Vom Müll bis zum Wasser und zur Luft wird Umweltschutz realisiert!

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) „Als Umweltstadtrat habe ich viele Wünsche im Interesse der Umwelt, von denen ein großer Teil auch realisiert werden kann. Ein Wunsch allerdings wird offensichtlich nie in Erfüllung gehen — nämlich der, daß sich die Damen und Herren von der Wiener ÖVP doch bitte informieren mögen, bevor sie Forderungen nach längst erfüllten Maßnahmen stellen“: Das erklärte Wiens Umweltstadtrat Helmut BRAUN Montag in Zusammenhang mit dem Pressegespräch des ÖVP-Gemeinderates Dr. Johannes HAWLIK, der mehrere bereits realisierte Dinge — etwa ein Müllkonzept, das in Wien unter dem Titel Wiener Abfallwirtschaftskonzept bereits seit 1985 verwirklicht wird, verlangt.

Konkret wies Braun darauf hin, daß

- das Wiener Abfallwirtschaftskonzept bereits seit 1985 realisiert wird, und nannte die getrennte Müllsammlung in bisher drei, heuer sechs Bezirken, die Problemstoffsammelstellen, die Sanierung der Deponie Rautenweg — der erste Schritt ist bereits abgeschlossen —, die Abfallbehandlungsanlage im Rinter-Zelt, Verhandlungen mit der Industrie bezüglich Müllvermeidung, die gemeinsam mit der Wiener Handelskammer durchgeführte Altbatterienaktion als einige Beispiele;
- das Luftmeßnetz derzeit auf erweiterte Meßmöglichkeiten umgerüstet wird;
- Wien bereits mitgeteilt hat, auch ohne Smogalarmplan Maßnahmen zu treffen;
- die Frage der Verordnungen nach dem Luftreinhaltegesetz ja auch eine Frage der festzulegenden — und jetzt vorliegenden — empfohlenen Grenzwerte war. Braun wies dazu auch auf die kommende, von der Wiener Landesregierung bereits beschlossene, Vereinbarung mit dem Bund zur Frage Immissionsschutz hin;
- es nichts nütze, allein Konzepte zu erstellen, sondern auch konkrete Maßnahmen zu setzen sind. So gibt es in Wien natürlich nicht nur einen Luftbericht, sondern auch zielführende Maßnahmen zur Verringerung des Schadstoffgehalts der Luft — vom Umweltprogramm der E-Werke über die bereits eingebauten bzw. die kommende Rauchgaswäschen für die Müll-

verbrennungsanlage bzw. die EBS bis zu strengeren Auflagen für Liesinger Betriebe, wie sie nach den SO₂-Konzentrationen des vergangenen Winters notwendig sind.

Zu weiteren Forderungen von Gemeinderat Hawlik erklärte Braun, daß Hawlik in seiner Presseunterlage zwar einerseits selbst die Existenz eines Wasserberichtes erwähne, diesen auf der folgenden Seite jedoch verlange. Für die Sanierung von Altlasten gibt es bereits ein genaues Konzept, das Schritt für Schritt verwirklicht wurde und wird. Was die Angaben zum Thema Wasser betrifft, so erwähne Hawlik zwar das Grundwasserwerk Nußdorf und dessen Leistung, sage aber nicht, daß dieses Werk bereits früher nur wenige Wochen im Jahr ins Netz einspeiste und vergangenes Jahr überhaupt nicht zur Wasserversorgung herangezogen wurde.

„Natürlich gibt es im Umweltbereich nach wie vor Probleme, die sich nur durch Zusammenarbeit aller — der Bevölkerung, der Wissenschaft, der Verwaltung, der Industrie bzw. des Gewerbes und der Politiker — lösen lassen. Die Forderung nach Konzepten und Gesetzen allein, wie sie von der Wiener ÖVP heute wieder erhoben wurde, helfen der Umwelt allerdings kaum. Wichtig ist es, Probleme zu erkennen, die optimalen Gegenmaßnahmen zu entwickeln und zu realisieren, wie es ja gerade in Wien geschieht. Ergänzt müssen diese Maßnahmen durch vorausschauende Aktivitäten werden, wie es etwa die Milliardenprogramme für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes oder der Kanalisation sind, nur dann ist Umweltpolitik auch glaubwürdig“, schloß Braun. (Schluß) hrs/bs

Forts. von Blatt 871